



HALLE ★ *Die Stadt*

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2004/04512**
Datum: 28.10.2004
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	27.10.2004	öffentlich Entscheidung
Hauptausschuss	17.11.2004	öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der PDS-Fraktion zur "Gedenkstätte für die Opfer von Krieg und Gewalt auf dem Gertraudenfriedhof"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat Halle (Saale) beschließt:

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale) wird beauftragt, die erneut angebrachte Gedenktafel für die Bestatteten der so genannten „Torgauer Urnen“ zu entfernen und das Hausrecht in diesem Sinne durchzusetzen. Gleichzeitig ist der Charakter eines Ehrenhains für die Toten, unter denen sich eine große Zahl verurteilter Kriegsverbrecher befindet, zu beseitigen.

Dr. Bodo Meerheim
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Seit Monaten ist der Stadtverwaltung bekannt, dass unter den 117 Personen, die mit der Gedenkstätte geehrt werden sollen, sich ein großer Teil von verurteilten Kriegsverbrechern befindet. So befinden sich u. a. unter den Geehrten Walter Biermann und Arno Brake, die an der Ermordung von 1.017 KZ-Häftlingen und Zwangsarbeitern in Gardelegen beteiligt waren. Diese beiden Personen wurden auch nach 1990 nicht durch russische Behörden rehabilitiert wie es bei anderen „Torgauern“ geschehen ist.

Dass auf einem städtischen Friedhof die Ehrung von Kriegsverbrechern in dieser Art geduldet wird, ist ein Skandal!

Die Bewerbung unserer Stadt, um die europäische „Kulturhauptstadt“ wird durch diesen Tatbestand erheblich belastet.

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf Veranlassung der Oberbürgermeisterin und in Übereinstimmung mit dem Innenminister ist der Text der Gedenktafel an der Grabanlage für die Torgauer Urnen entfernt worden.

Hintergrund dieser vorläufigen Maßnahme waren vermehrte und ernstzunehmende Hinweise darauf, dass es sich bei den dort Bestatteten nicht ausschließlich um Opfer rechtswidriger Gewaltmaßnahmen eines kommunistischen Regimes gehandelt haben könnte, sondern, zumindest zum Teil, auch um Kriegsverbrecher nationalsozialistischer Prägung. Diese Informationen waren der Stadt in dieser Form zuvor nicht bekannt.

Die Stadt sieht sich verpflichtet, diesen Hinweisen nachzugehen. Eine Bewertung und eine Klärung des Sachverhaltes kann aus Sicht der Stadt nur durch in diesem Feld ausgewiesene Historiker geschehen. Die Stadt ist dabei, mit geeigneten Fachleuten dazu zu sprechen. Sie sollen auch das moderierende und sachkundige Gespräch mit den Opferverbänden, die sich inzwischen zahlreich gemeldet haben, suchen.

Bis zu einer Klärung des Sachverhaltes gilt die Anweisung der Oberbürgermeisterin, den Text der Gedenktafel einzulagern. Die Verwaltung hat Anweisung, evtl. erneut angebrachte Kopien des Textes umgehend wieder zu entfernen.

Eine Entscheidung über den Text der Gedenktafel und die Gestaltung der Grabanlage soll nach Vorliegen einer Empfehlung durch die Fachleute getroffen werden.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin